

Hoffen auf Zuschüsse für Eichelsbachverrohrung

Heftige Debatte um Etat im Nackenheimer Rat / Fehlbedarf im Verwaltungshaushalt von 360 000 Mark

m. NACKENHEIM - Teilweise hart prallten die unterschiedlichen Meinungen zwischen der CDU/FWG-Koalition einerseits und SPD andererseits bei der Verabschiedung des Haushaltes 1997 in jüngster Ratssitzung aufeinander. Investitionsprogramm und Verwaltungsetat wurden mit den 14 Stimmen von CDU/FWG gegen die sieben Abgeordneten von SPD und BLN angenommen.

Im Vermögenshaushalt stehen Investitionen von fast 4,1 Millionen Mark. Die Ausgaben im Verwaltungshaushalt betragen knapp 7,1 Millionen Mark und bringen einen neuen Fehlbedarf von fast 360 000 Mark mit sich. Gegenüber der ersten Lesung des Etats (wir berichteten)

wurden nur wenige Haushaltsstellen verändert. Bürgermeister Bardo Kraus erläuterte, für den neuen Eichelsbachkanal seien 700 000 Mark als Gemeindeanteil ausgewiesen. Sofern das Land noch einen Zuschuß gewähre, werde der Betrag natürlich verringert. Für die bald beginnenden Ausbaumaßnahmen der Straßeneinläufe mußten 472 000 Mark bereitgestellt werden. 1998 und 1999 sind 450 000 Mark zur Errichtung des neuen Bauhofes vorgesehen.

Gleich zum Auftat der über einstündigen Debatte lehnte der Rat mit Mehrheit den SPD-Antrag auf nochmalige Beratung im Ausschuß ab. Nach jahrzehntelangen Genehmigungsverfahren zur Verrohrung des Eichelsbaches sei der Weg zum Aus-

bau vieler Ortsstraßen nun frei, betonte CDU-Fraktionssprecher Heinz Hassemer. Die Gemeinde hoffe jetzt, daß das Land bei seinen früheren Zusagen zum Finanzierungsanteil bleibe, da Nackenheim immer auf die Wünsche des Landes eingegangen sei. Die Bürger sollten jetzt finanziell nicht bestraft werden. Über das Baugelände „Sprunk II“ werde seit 1979 geredet, endlich gehe es voran. Fast eine Million Mark an Erschließungsbeiträgen stünden auf der Einnahmeseite. Drei Faktoren seien im Wesentlichen für den Fehlbedarf ausschlaggebend. Die Gewerbesteuer erbrachte rund 150 000 Mark weniger und bei der VG- und Kreisumlage hätten die progressiven Abschöpfungen zugeschlagen. Trotz der finan-

ziell nicht rosigen Lage könnten die anstehenden Maßnahmen nicht aufgeschoben werden. Das Zahlenwerk gehe von realistischen Ansätzen aus.

Demgegenüber meinte SPD-Fraktionssprecher Michael Mogk, es gehe bergab. Erstmals seit Jahrzehnten sei der Etat unausgeglichen. Eine freie Finanzspitze fehle und die Pro-Kopfverschuldung wachse. Es müsse also gespart werden. Die Zinszahlungen von jährlich 450 000 Mark nagten am Haushalt. Mogk begrüßte die Planungen zur Verlegung des Bahnhaltdepotpunktes, die Verrohrung des Eichelsbaches und den Ausbau der Ortsstraßen. Aber seit drei Jahren zahle die Gemeinde Aufwandsentschädigung für einen Beigeordneten, was in der Größenordnung von Nak-

kenheim nicht selbstverständlich sei. Vier Gemeindearbeiter würden beschäftigt und trotzdem vergebte der Rat Friedhofsarbeiten für 42 000 Mark an eine Fremdfirma.

Die Schulden seien als Erblast 1995 übernommen worden, sagte FWG-Sprecher Günter Zerbe. Die Gemeinde zahle für die Bürger hohe Straßenanteile, um endlich die miserablen Zustände zu beseitigen.

Eine Honorarkraft für den Jungendtreff, der wieder eröffnet werden sollte, forderte BLN-Sprecher Frieder Stauder. Überfällig sei die Gestaltungssatzung und für die Dorferneuerung stünden nur 3000 Mark zur Verfügung. Stauder bemängelte auch das Fehlen einer Schuldenübersicht sowie den Stellenplan.